

Jürgen Klocke, Redaktion AWW-Informationen

Exklusiv-Interview mit Henning Kreibohm, Mitglied des Nationalen Normenkontrollrates

Im Juli 2009 hat der Nationale Normenkontrollrat seinen Jahresbericht verabschiedet und damit über den Stand des Bürokratieabbaus in Deutschland Bilanz gezogen. Der Normenkontrollrat besteht jetzt seit 2006. Sind Sie mit den zweieinhalb Jahren Ihrer Tätigkeit zufrieden?

Henning Kreibohm: Bürokratiekosten spielten bis 2006 nur eine eher untergeordnete Rolle im Gesetzgebungsprozess und waren für Gesetzgebung und Wirtschaft eine Black Box. Heute wissen wir, dass Unternehmen in Deutschland rund 9.300 Informationspflichten zu erfüllen haben, die über 50 Mrd. Euro an Bürokratiekosten erzeugen. Mit der Umsetzung von über 250 Maßnahmen konnten diese Bürokratiekosten bereits um 6,6 Mrd. Euro reduziert werden. Zudem werden die Bürokratiekosten seit Dezember 2006 für jedes neue Regelungsvorhaben ausgewiesen und vom NKR einer kritischen Prüfung unterzogen. Damit hat sich ein Verfahren etabliert, mit dem auch der Aufwuchs neuer Bürokratie effektiv verhindert werden kann.

Insgesamt wurde damit in den letzten zweieinhalb Jahren eine sehr solide Grundlage für nachhaltigen Bürokratieabbau geschaffen, auf der man in der nächsten Legislaturperiode erfolgreich aufbauen kann. Der Nationale Normenkontrollrat kann damit eine durchaus positive Bilanz für den Bürokratieabbau ziehen. Dies war allerdings nur möglich, weil alle Akteure erhebliche Anstrengungen unternommen haben. In zweieinhalb Jahren ist es gelungen, aus einem Regierungsprogramm eine „Aktion Bürokratieabbau“ zu ma-

chen, die breite Akzeptanz und Unterstützung in Parlament, Wirtschaft und Gesellschaft findet. Nicht nur der NKR, sondern alle an diesem Programm beteiligten Akteure, können deshalb sehr zufrieden sein.



Sie haben auf der Sitzung des AWW-Arbeitskreises 1.2 „Bürokratiekosten und Deregulierung“ zum Thema „Bürokratieabbau vor den Wahlen in Deutschland“ gesprochen. Welche Schwerpunkte wird der Nationale Normenkontrollrat für seine künftige Arbeit setzen?

Henning Kreibohm: Im Vordergrund wird sicherlich das Erreichen der zweiten Hälfte des 25%-Ziels stehen. Bis 2011 müssen noch Abbaumaßnahmen von über 5 Mrd. Euro für die Wirtschaft umgesetzt werden. Der Erfolg des Regierungsprogramms hängt zudem maßgeblich davon ab, dass Vereinfachungsmaßnahmen im Unternehmen auch spürbar werden. Die NKR-Studie „Bürokratische Belastungen einzelner Unternehmen“ zeigt, dass hierzu verstärkt die branchenspezifischen

Bürokratiekosten in den Blick genommen werden müssen. Der NKR wird sich deshalb nachdrücklich dafür einsetzen, dass zeitnah ein entsprechendes Gesamtkonzept von der Bundesregierung vorgelegt wird. Zudem haben wir uns in den vorangegangenen zweieinhalb Jahren vor allem auf Informationskosten der Wirtschaft konzentriert. Schrittweise haben wir zwar bereits damit begonnen, die bürokratischen Belastungen für Bürger und Verwaltung in den Blick zu nehmen. Beide Bereiche werden in der nächsten Legislaturperiode jedoch noch stärker in unseren Fokus rücken müssen.

Außerdem haben die vorangegangenen zweieinhalb Jahre immer wieder gezeigt, dass Unternehmen, Bürger und Verwaltung unter Bürokratie mehr als nur bundesrechtliche Informationspflichten verstehen. Deshalb werden wir gemeinsam mit der Bundesregierung unseren bereits begonnenen Dialog mit Ländern, Kommunen, Sozialversicherungsträgern und Kammern noch verstärken, um ebenenübergreifende Projekte zum Bürokratieabbau zu initiieren und erfolgreich umzusetzen.

Im Januar 2007 hat die Europäische Kommission ihr Aktionsprogramm zur Verringerung der Verwaltungslasten in der EU verabschiedet und damit ein Signal in Richtung Abbau von Bürokratie und besserer Rechtsetzung in der EU gesetzt. Wie würden Sie heute den Stand und die Ergebnisse des Bürokratieabbaus auf europäischer Ebene beurteilen?

Henning Kreibohm: Die Kommission hat mit Ihrem Aktionsprogramm einen wichtigen ersten

Schritt gemacht. Die Messungen in 13 ausgewählten Bereichen stehen kurz vor dem Abschluss und die Kommission hat schon einige beeindruckende Vereinfachungsvorschläge vorgelegt. Allerdings müssen jetzt weitere Vorschläge folgen, damit die Wirtschaft flächendeckend und spürbar entlastet wird. Zudem muss das Programm unter neuere Kommission fortgeführt und ausgebaut werden. Insbesondere die ex-ante Abschätzung bei neuen europäischen Regelungsvorhaben muss von der Kommission ähnlich wie bei uns in Deutschland systematisch in den Gesetzgebungsprozess integriert werden. Hier sind durchaus noch Verbesserungen möglich.

OECD und auch die Weltbank unterstreichen, dass neben Bürokratiekosten aus Informationspflichten auch anderweitige Kosten der Rechtsbefolgung von wirtschaftspolitischer Bedeutung sind. Können diese Argumente stärker für den Bürokratieabbau in Europa genutzt werden?

Henning Kreibohm: OECD und Weltbank haben recht. Es zeigt sich immer mehr, dass der Abbau von Bürokratie aus Informationspflichten zwar geeignet ist, wichtige Entlastungen für Unternehmen zu bringen. Allerdings wird auch deutlich, dass andere Kosten, die bei der Befolgung von Rechtspflichten entstehen, ein mindestens genauso großes Entlastungspotential bieten. Der Bundestag hat mit seiner Entschliebung vom 2. Juli hier schon deutlich gemacht, dass diese Kostenfaktoren in der nächsten Legislaturperiode angegangen werden sollen. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Thema in absehbarer Zeit auch bei Diskussionen im europäischen Kontext eine wichtige Rolle spielen wird.

Welche Impulse könnten die schon vorhandenen Nationalen Normenkontrollräte, wie Actal aus den Niederlanden oder der Regelradet

aus Schweden für den Abbau von Bürokratie im europäischen Maßstab setzen? Braucht die Europäische Union darüber hinaus ein unabhängiges Beratungsgremium zum Bürokratieabbau?

Henning Kreibohm: Wir arbeiten eng mit den Kollegen in den anderen Ländern zusammen. Besonders schön ist, dass in Großbritannien derzeit ein Normenkontrollrat aufgebaut wird, der im Herbst seine Arbeit aufnehmen wird. Es gibt dann mit Schweden, den Niederlanden und Deutschland vier unabhängige Räte zum Bürokratieabbau. Wie immer im Leben gilt auch hier: Gemeinsam ist man stark! Deshalb haben wir mit den Kollegen aus Schweden und den Niederlanden ein gemeinsames Positionspapier geschrieben, das der neuen Kommission in Brüssel Empfehlungen für den Fortgang des Bürokratieabbauprogramms gibt. Unsere Erfahrungen wie auch Erfahrungen in anderen Ländern zeigen, dass ein unabhängiges Kontrollgremium zum Bürokratieabbau ein Erfolgsfaktor ist, um nachhaltige Veränderungen in der Gesetzgebungskultur zu erreichen. Wir fordern daher gemeinsam mit unseren niederländischen und schwedischen Kollegen ein unabhängiges Beratungsgremium zum Bürokratieabbau in der EU, das alle neuen Regelungsvorschläge auf unnötige Bürokratie überprüft.

Als Mitglied des Normenkontrollrates hatten Sie Gelegenheit, sich in Österreich/Wien über die dortigen Bestrebungen beim Abbau von Bürokratie zu informieren. Welche konkreten Erfahrungen liegen dort vor? Was können Staaten voneinander lernen?

Henning Kreibohm: In Österreich ist man einen ähnlichen Weg gegangen wie Deutschland. Auch dort hat man das Standardkostenmodell erfolgreich und in einer beeindruckenden Zügigkeit eingeführt. Für die Bundesregierung und den Normenkontrollrat sind

vor allem die Erfahrungen beim Bürokratieabbau für Bürger von Interesse. Während wir in Deutschland noch eine ressortübergreifende Gesamtstrategie zum Bürokratieabbau bei Bürgern vermissen, haben die Österreicher eine Priorisierungsliste mit relevanten bürokratischen Pflichten beschlossen und bereits mit der Messung und Erarbeitung von Reduzierungsmaßnahmen begonnen. Diesem relativ pragmatischen Vorgehen sollten wir folgen.

Auffällig ist, dass, wenn von Bürokratieabbau die Rede ist, sich dieses im starken Maße auf die westeuropäischen Staaten konzentriert. Wie ist es mit den neu in die EU aufgenommenen Staaten Ost- und Mitteleuropas? Dort liegen ja im Zuge der Transformation aus sozialistischer und extrem bürokratischer Planwirtschaft zum demokratischen Rechtsstaat umfangreiche Erfahrungen mit bürokratischer Strukturen vor. Wie gehen diese Staaten heute mit dem Thema Bürokratieabbau um? Welchen Stand hat überhaupt der Bürokratieabbau in den „neuen“ EU-Staaten?

Henning Kreibohm: Die Grenzen laufen hier nicht nur zwischen Westeuropa und den östlichen Mitgliedstaaten, sondern genauso zwischen Nord- und Südeuropa. Mittlerweile zeigen aber auch die ost- und die südeuropäischen Staaten großes Interesse am Bürokratieabbau. Im internationalen Netzwerk zum Standardkostenmodell sind diese Länder mittlerweile fast alle vertreten. Wir erhalten zudem regelmäßig Anfragen aus diesen Staaten. Tschechien, Polen und Italien sind da nur einige Beispiele. Es zeigt sich auch hier: Bürokratieabbau ist wichtig und notwendig, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für mehr Wachstum zu verbessern. Dies gilt überall in Europa, ganz egal, ob Ost oder West!